

Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einem sozialen Europa

Marcel Fink

„Gelingt der Kurswechsel in Richtung eines sozialen Europas?“

Wien, 24.06.2016

Inhalt

1. Schlaglichter: Titel wissenschaftlicher Analysen
2. Europäische „Sozialpolitik“
3. Rezente Entwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene
4. Chancen und Grenzen des Konsultationsprozesses zur „Säule sozialer Rechte“

1. Schlaglichter: Titel rezenter wissenschaftlicher Analysen

Die Frage:

“A new era of European Integration? Governance of labour market and social policy since the sovereign debt crisis “ (de la Porte/Heins 2015).

Entwicklungen auf nationaler Ebene

“National social and labour market policy reforms in the shadow of EU bail-out conditionality: The cases of Greece and Portugal” (Theodoropoulou 2015)

“From austerity to permanent strain? The EU and welfare state reform in Italy and Spain” (Pavolini et al. 2015)

“‘Pushing against an open door’: Reinforcing the neo-liberal policy paradigm in Ireland and the impact of EU intrusion” (Dukelow 2015).

“The German welfare state: From an inclusive to an exclusive Bismarckian model” (Bosch 2015).

“Recent changes moving Hungary away from the European Social Model” (Scharle/Szikra 2015).

“Britain’s social model: Rapid descent from ‘liberal collectivism’ to a ‘market society’” (Grimshaw 2015).

1. Schlaglichter: Titel rezenter wissenschaftlicher Analysen

Umfassendere Befunde unter Berücksichtigung der EU Gemeinschaftsebene;

“Whatever Happened to Social Europe? The Three-Pronged Attack on European Social Policy” (Menz 2015)

“Social Europe: From ‘Add-On’ to ‘Dependence-Upon’ Economic Integration” (Copeland/Daly 2015)

“The European Social Model in Crisis. Is Europe Losing Its Soul?” (Vaughan-Whitehead 2015)

“Conclusion: Social Europe Is Dead. What’s Next?” (Crespy/Menz 2015).

2. EUropäische Sozialpolitik

Institutioneller Rahmen (1/3):

- Begrenzte unmittelbar sozialpolitische Handlungskompetenzen der Gemeinschaftsebene (Art. 153 EUV).
- ⇒ „soft governance“ und „offene Koordinierung“ in zentralen sozialpolitischen Bereichen.
- Warum? Keine Bereitschaft der Mitgliedsländer zu einem umfassenderen Transfer sozialpolitischer Kompetenzen auf Gemeinschaftsebene (auch in Zeitfenstern mehrheitlich sozialdemokratischer nationaler Regierungen)!
- Dabei (im Rahmen offener Koordinierung): Wenig verbindliche „Kompromissformeln“ nie überwunden („adäquate“ Sozialtransfers; „moderne“ Systeme sozialer Dienstleistungen etc.).

2. EUropäische Sozialpolitik

Institutioneller Rahmen (2/3):

- Zunehmende Integration wirtschaftspolitischer Elemente (Geldpolitik, Fiskalpolitik, Binnenmarkt) (forciert von konservativen Regierungen).
- Zusätzliche/reformierte fiskalpolitische Instrumente im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ('six pack', 'two pack', SKS-Vertrag [Fiskalpakt]).
- ⇔ Dominant „angebotsorientierte“ Interpretation wirtschaftlicher Zusammenhänge; ungleichgewichtige Entwicklung sozial-und wirtschaftspolitischer Integration; Druck in Richtung „permanente Austerität“.

2. EUropäische Sozialpolitik

Institutioneller Rahmen (3/3):

- EuGH als „politischer Akteur“.
- Forciert der Tendenz nach Marktintegration auch „auf Kosten“ nationaler arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten (Viking C-438/05; Laval C-341/05; Rüffert C-346/06).
- ⇔ Reform der Entsenderichtlinie (ggw. verhandelt).

3. Rezente Entwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene

(vgl. z.B. Vaughan-Whitehead 2015):

- Reduktion gewerkschaftlicher Vertretungsrechte
- Verstärkte Kompetenzen von ArbeitgeberInnen zur Festlegung von Arbeitsbedingungen
- „Interne Abwertung“ durch Reduzierung oder Einfrieren von (Mindest)Löhnen.
- Liberalisierung von diverser arbeitsrechtlicher Schutznormen (Arbeitszeit; Kündigungsschutz etc.).
- Kürzung der Ressourcen für aktive Arbeitsmarktpolitik.

3. Rezente Entwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene

(vgl. z.B. Vaughan-Whitehead 2015):

- Reduktion der Bezugsdauer und der Höhe von Transfers aus der Arbeitslosenversicherung.
- Kürzung und verstärkte Bedarfsprüfung familienpolitischer Transferleistungen.
- Pensionsreformen mit Leistungskürzungen und erschwertem Zugang.
- Reformen des öffentlichen Sektors: Nicht-Nachbesetzung von Stellen; Lohnreduktionen oder Einfrieren von Löhnen; Einschränkungen öffentlicher (Sozial-)Dienstleistungen.

3. Rezente Entwicklungen auf nationalstaatlicher Ebene

- Diese Entwicklungen treffen nicht für alle Mitgliedsländer in Gleichen Ausmaß zu.
- Sondern der Tendenz nach vor allem für:
 - „Neue“ Mittel- und Osteuropäische Mitgliedsländer
 - Südeuropa
 - UK und Irland
- ⇒ Insbesondere für schwächer ausgebaute Wohlfahrtsstaaten
- ⇔ Zunehmende sozialpolitische und soziale Divergenz.
- (⇒ Frage der Binnenmigration).

4. Chancen und Grenzen des Konsultationsprozesses zur „Säule sozialer Rechte“

- Ein wesentlich durch die Kommission initiiertes Prozess:
 - Frage der Unterstützung sozialpolitischer Anliegen innerhalb „der“ Kommission?!
- Inhaltlich (ANNEX First preliminary outline of a European Pillar of Social Rights) in der Tradition „Europäischer Sozialpolitik“ im Rahmen der OMK:
 - Starke Orientierung an Beschäftigung
 - Angebotsorientierte Sichtweise
 - Betonung der Bedeutung finanzieller Nachhaltigkeit
 - Wenig verbindliche Kompromissformeln betreffend sozialer Rechte („adequate“; „fairly“; „high level“; „proper social protection“ etc.).
 - Verteilungsfrage nicht explizit adressiert

4. Chancen und Grenzen des Konsultationsprozesses zur „Säule sozialer Rechte“

- Zentrale Frage: Kann Konsultationsprozess dazu genützt werden, ein Momentum zu einer breiteren Europäischen sozialpolitischen Debatte zu generieren?
- Anknüpfungspunkte für eine Debatte:
 - Problemdefinition und Messung von Problemen (Indikatoren).
 - Probleminterpretation (Verursachungszusammenhänge von Problemen).
 - Nähere Bestimmung wenig verbindlicher Kompromissformeln.
 - Neue Debatte über „Koordinierung“ (nicht nur offene Koordinierung) arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Mindeststandards.
 - Debatte über stärkere Vergemeinschaftung sozialpolitischer Agenden.

4. Chancen und Grenzen des Konsultationsprozesses zur „Säule sozialer Rechte“

Problem:

- Starke politische Elemente, die an einer *solchen* Debatte kein Interesse haben.
- Nicht nur auf Ebene spezifischer organisierter Interessensgruppen, in Teilen der Europäischen Kommission sondern auch betreffend nationalstaatliche Regierungen.
 - Insbesondere auch bei den A-8 Mitgliedsländern*?!
 - ⇒ Geringe Wahrscheinlichkeit einer Bereitschaft zu stärkerer sozialpolitischer Koordinierung.
 - Wegen unterschiedlichen nationalen Interessenslagen (keine Bereitschaft zu „sozialpolitischen“ Transfers in reichen Mitgliedsländern an ärmere Mitgliedsländer; geringere „Sozialkosten“ und flexible Arbeitsmärkte als perzipierter (!) Standortvorteil in ärmeren Mitgliedsländern).

*Czech Republic; Estonia; Hungary; Latvia; Lithuania; Poland; Slovakia; Slovenia (haben 101 von 345 Stimmen im Rat und damit eine „Sperrminorität“ für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat mit 255 Stimmen)